

März / April 2019

Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine vom Fachgremium „bremer forum demenz“ anlässlich der Bürgerschaftswahl im Mai 2019

In Deutschland leiden derzeit ca. 1,7 Millionen Menschen an Demenz. Nach den bisher verfügbaren Daten geht man davon aus, dass – sofern keine Therapie- oder Heilungsmöglichkeiten gefunden werden – die Zahl der Demenzerkrankten über die Jahre steil zunehmen wird und wir im Jahr 2050 mit fast doppelt so vielen Erkrankten (ca. 3 Mio.) rechnen müssen.

In Bremen gibt es derzeit ca. 14.000 Menschen mit Demenz¹ und auch hier müssen wir von einem starken Zuwachs in den nächsten Jahren ausgehen.

Menschen mit Demenz werden in den meisten Fällen von Angehörigen betreut und versorgt. Das heißt, neben den ca. 14.000 Menschen mit Demenz sind auch die Angehörigen davon abhängig, wie gut die Betreuungs- und die Pflegesituation in Bremen ist. Die Ehefrauen/-männer, Töchter, Söhne, Enkel, ... stehen einer großen Herausforderung gegenüber. Zum Teil sind sie noch erwerbstätig und müssen daher den Beruf mit der Pflege vereinbaren. Dies kann nur gut gelingen, wenn ambulante, teilstationäre und stationäre Angebote ausreichend vorhanden sind, sie bei der Pflege und Betreuung qualitativ gut unterstützt werden und wenn auch der Arbeitgeber entsprechende Möglichkeiten zur Vereinbarkeit bietet.

Neben den Betroffenen und den Angehörigen haben also auch Arbeitgeber ein hohes Interesse an einer guten Demenzversorgung, denn das unterstützt ihre MitarbeiterInnen darin, ihre familiären und beruflichen Aufgaben gleichzeitig gut nachkommen zu können.

Und natürlich haben auch die vielen Pflege- und Betreuungskräfte in Bremen, die im Krankenhaus, in der stationären, teilstationären oder ambulanten Altenpflege mit demenziell veränderten Menschen arbeiten, ein hohes Interesse an einer guten Demenzversorgung. Auch sie erleben täglich, wie schwierig die Arbeitssituation ist, wenn Zeitdruck, Personalmangel und fehlendes Wissen um das Krankheitsbild vorherrschen.

Es gibt also viele Menschen in Bremen, die von einer guten Versorgungs- und Betreuungssituation für Menschen mit Demenz in Bremen abhängig sind. Aber leider ist die Situation in Bremen keineswegs gut – im Gegenteil: sie hat sich in den letzten Jahren sogar eher verschlechtert.

Wir möchten von Ihrer Partei wissen, wie sie die Situation für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen in Bremen verbessern möchte. Dazu haben wir konkrete Situationen benannt, in denen es aus unserer Sicht aktuell einen großen Handlungsbedarf gibt.

bremer forum demenz

Die folgenden Fragen gingen an: SPD, Bündnis 90/die Grünen, CDU, FDP, die LINKE, AfD und BIW. Von der AfD und der BIW haben wir keine Antworten erhalten.

Demenz im Krankenhaus

Situation: Laut der in 2016 von der Robert-Bosch-Stiftung geförderten GHoSt-Studie weisen insgesamt 40 Prozent aller über 65-jährigen Patienten in Allgemeinkrankenhäusern kognitive Störungen auf, fast jeder Fünfte leidet an Demenz.²

Einige Bremer Krankenhäuser haben sich schon auf den Weg gemacht, um den Bedürfnissen von Menschen mit Demenz gerechter zu werden. Beispielsweise führt der Verein „LinDE e.V. regelmäßig Schulungen für das pflegerische Personal durch und im Krankenhaus Bremen Ost gibt es die Station „Rückenwind“.

Kein Krankenhaus hat ein durchgängiges, für alle Abteilungen verbindliches Demenzkonzept. Aus unserer Sicht fehlt sowohl beim pflegerischen als auch beim medizinischen Personal oftmals noch die Sensibilisierung für die Bedarfe von demenziell erkrankten Menschen. Zudem sind die Behandlungsstrukturen und –abläufe

¹ Deutsche Alzheimer Gesellschaft: Informationsblatt 1 „Die Häufigkeit von Demenzerkrankungen“ Stand Juni 2018

² <https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/menschen-mit-demenz-im-akutkrankenhaus>

nicht auf Menschen mit kognitiven Einbußen ausgerichtet; Angehörige und auch Pflegeeinrichtungen berichten immer wieder über gravierende Missstände bei der Versorgung von Demenzkranken.

Es gibt zahlreiche „Best-Practice-Beispiele“ für ein demenzfreundliches Krankenhaus³, die u.a. Veränderungen von Behandlungsweisen und –strukturen, Fort- und Weiterbildung von pflegerischem und medizinischem Personal sowie mehr personelle Ressourcen beinhalten.

Frage 1) Welche Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um die Situation für Menschen mit Demenz in den Bremer Krankenhäusern zu verbessern?

Partei	Antwort
SPD	<p>Eine angemessene und verbesserte Krankenversorgung von Patientinnen/Patienten mit der Zweitdiagnose Demenz wird in Bremen bereits seit 2011 angestrebt. Mindestens jede zehnte Patientin/jeder zehnte Patient in Akutkrankenhäusern ist demenziell erkrankt. Das Krankenhauspersonal im pflegerischen und ärztlichen Bereich wird seit längerem auf den Umgang mit den Herausforderungen vorbereitet. Hieran arbeitet die Bremische Landesinitiative „LinDe“. Aktivitäten der Krankenhäuser im Land Bremen umfassen u.a. den Einsatz und die Schulung von „Demenzbeauftragten“, spezifische Versorgungs-konzepte, wie. z.B. für eine Demenzstation (im Klinikum Ost ist ein Konzept für die demenzsensible Station entwickelt worden), und die Demenzfortbildungen der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter. Diese Aktivitäten werden von uns unterstützt und in den Fachgremien eng begleitet. Die Erfahrungen der demenzsensiblen Station sollen künftig auch für andere reguläre Stationen in dem Krankenhaus genutzt werden.</p>
Bündnis 90 Die Grünen	<p>Am Wichtigsten ist, dass die behandelnden Ärzt*innen und Pflegekräfte kompetent im Umgang mit Demenzkranken sind und sie nicht etwa aus eigener Hilflosigkeit vorschnell in Heime schicken. Daher werben wir dafür, dass in allen Bremer Krankenhäusern auf jeder Station Mitarbeiter*innen zu Demenzbeauftragten weitergebildet werden. Zusätzlich bedarf es in jeder Klinik einer Anlaufstelle, die die Betreuung demenzkranker Patient*innen koordinieren und bei demenztypischen Herausforderungen Unterstützung bieten. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass der Einsatz von Demenzbegleiter*innen, die Zeit mit den Patient*innen verbringen und die Pflegenden entlasten, dauerhaft von den Krankenkassen finanziert wird.</p> <p>Darüber hinaus braucht es natürlich eine bessere Bezahlung von Pflegefachkräften und angepasster Personalschlüssel, die sich nach den tatsächlichen zeitlichen Bedarfen von Demenzkranken richten. Wir fürchten, dass sich die auf Bundesebene beschlossenen Verbesserungen als unzureichend erweisen werden und werden uns für weitere Reformen stark machen.</p>
CDU	<p>Die CDU Bremen wird sich dafür einsetzen, dass das Personal in den Bremischen Krankenhäusern noch stärker im Umgang mit Menschen mit Demenz sensibilisiert wird. Beispielsweise bietet die ab Januar 2020 beginnende generalistische Pflegeausbildung die Chance, das Thema demenzielle Erkrankungen zu einem Schwerpunkt in der Ausbildung zu machen. Angehende Pflegefachkräfte würden damit schon zu Beginn ihrer Berufslaufbahn mit dem Krankheitsbild und dem Umgang mit ihm konfrontiert.</p> <p>Darüber hinaus erwarten wir von zwei Maßnahmen der CDU-geführten Bundesregierung konkrete Verbesserungen im Krankenhaus. Erstens wird künftig mit dem „Sofortprogramm Pflege“ jede zusätzlich eingestellte Pflegekraft von den Krankenkassen refinanziert. Damit werden Personalkosten aus den Fallpauschalen herausgelöst. Für die Krankenhäuser lohnt es sich in Zukunft nicht mehr, Kosten über das Pflegepersonal einzusparen. Zweitens hat der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) per Verordnung Personaluntergrenzen für pflegeintensive Bereiche definiert. Die Grenzen gelten zunächst in der Intensivmedizin, der Geriatrie, der Kardiologie und der Unfallchirurgie und sollen dann ggf. ausgeweitet werden. Von den Personaluntergrenzen werden auch Menschen mit Demenz im Krankenhausalltag profitieren.</p>

³ Siehe z.B. <https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/menschen-mit-demenz-im-akutkrankenhaus/geofoerderte-projekte>

FDP	<p>Zuallererst ist es Aufgabe der Krankenhäuser und der Krankenkassen für eine Verbesserung der Situation zu sorgen. Hier bleibt es immer wieder Aufgabe der Fraktionen auf Missstände aufmerksam zu machen und Verbesserungen einzufordern.</p> <p>Damit es ausreichend Plätze in den Krankenhäusern gibt, werden wir schauen, ob die geplante Ausweitung ausreicht und erforderlichenfalls die Einrichtung weiterer spezialisierter Stationen einfordern, z.B. im Rahmen der Landeskrankenhausplanung.</p>
Die LINKE	<p>Die Versorgung von Patient*innen mit Demenz erfordert von allen Berufsgruppen des Krankenhauspersonals andere Formen der Kommunikation und des Umgangs, da Krankenhausaufenthalte für Menschen mit Demenz besonders verunsichernd sind und ihre Anwesenheit wiederum neue und andere Herausforderungen für den Krankenhausalltag bedeuten. Daher befürwortet DIE LINKE ein verpflichtendes, regelmäßiges Fortbildungsangebot für alle Berufsgruppen im Krankenhaus. Auch andere Betreuungsansätze, wie eine personenzentrierte Betreuung erachten wir als notwendig. Dafür ist neben Fortbildung vor allem eine bessere Personalausstattung in den Krankenhäusern unerlässlich, um eine (zeit)intensivere und einfühlsamere Kommunikation mit demenziell erkrankten Patient*innen zu ermöglichen. Ein wichtiges räumliches Angebot wäre das Rooming-In für Angehörige oder Bezugspersonen und generell die Schaffung räumlicher Bedingungen für die Unterbringung von Menschen mit Demenz in Akut-Krankenhäusern durch spezielle Einzelzimmer, Leitwegesystemen auf den Stationen, etc.</p>

Krisendienst

Situation: Demenziell veränderte Menschen zeigen oftmals zu Hause wie auch in Einrichtungen ausgeprägte Verhaltensweisen wie Aggressionen, Wahn, Halluzinationen, die den Einsatz eines geschulten Krisendienstes erforderlich machen. Solch einen Krisendienst, der auch notfalls nachts erreichbar ist, gibt es in Bremen nicht. Der Hausarzt ist nicht immer erreichbar, und kann - selbst wenn erreichbar - nicht sofort kommen. Angehörige und auch MitarbeiterInnen in Einrichtungen fühlen sich in solchen Krisensituationen allein gelassen und überfordert. Die einzige Möglichkeit, die man dann hat, ist die Polizei zu rufen.

In anderen Bundesländern ist beispielsweise der Sozial Psychiatrische Dienst (SPSD) Ansprechpartner in solchen Krisensituationen. Wir erleben, dass sich der SPSP in Bremen bei Demenz nicht zuständig fühlt.

Frage 2) Wie stellt sich Ihre Partei die Unterstützung von Betroffenen, Angehörigen und MitarbeiterInnen von Einrichtungen in Krisensituationen vor?

SPD	<p>Im Land Bremen gibt es eine vielfältige und hervorragende Struktur der Unterstützung für Demenzerkrankte und ihre Angehörigen für Beratung und Krisensituationen. Von der zentralen Demenzberatungsstelle (DIKS) bis zu den dezentralen Ansprechpartnern und –gruppen in den Stadtteilen. Dabei stellt der seit 1985 aufgebaute kommunale zentrale Krisendienst eine wichtige Anlaufstelle für die Versorgung und Beratung für Menschen in Krisensituationen, insbesondere für chronisch psychisch Kranke, dar. Der Krisendienst nimmt die Aufgaben des Sozialpsychiatrischen Dienstes außerhalb der regulären Arbeitszeit wahr. Anfang 2016 ist der Krisendienst neu strukturiert worden. Der zuvor vorgehaltene 24-stündige Krisendienst, der in dieser Form bundesweit einmalig war, wurde geändert und für die nicht mehr von dem Krisendienst besetzten Zeiten steht der reguläre Kassenärztliche Notdienst zur Verfügung. Die Umstrukturierung ist fachlich von uns in den Fachdeputationen begleitet worden und hat bisher eine positive Resonanz erzielt. Wobei es durchaus noch Lücken in der Betreuung zu geben scheint. Mit den Beteiligten wird regelmäßig das Verfahren besprochen, um dies zum Wohle alle Beteiligten weiter zu entwickeln. Wenn erforderlich, ist zu prüfen, ob die Krisenversorgungsstrukturen stärker auf die besonderen Bedarfe und Bedürfnisse von Demenzerkrankten abgestimmt werden müssen.</p>
Bündnis 90 Die Grünen	<p>Unser Ziel ist eine sozialraumorientierte Krisenversorgung rund um die Uhr. Bis Anfang 2020 soll in Bremen ein Leistungserbringer über-greifendes Krisenangebot im Rahmen der gemeinde-</p>

	<p>psychiatrischen Versorgung in allen Stadtregionen realisiert werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die zentrale Rufbereitschaft, eine qualifizierte telefonische Beratung und das aufsuchende Krisenteam auch für Demenzzranke bzw. ihre Angehörigen zur Verfügung stehen und die Hilfe in Krisensituationen nicht an Zuständigkeitsfragen scheitert.</p> <p>Ein zuverlässig funktionierender Krisendienst wirkt bereits durch seine bloße Existenz entlastend, ohne dass er konkret tätig werden muss. Schon das Wissen oder die gelegentlich gemachte Erfahrung, dass im Notfall rasch Unterstützung von außen verfügbar ist, kann es den Beteiligten erleichtern, mit einer kritischen Situation zunächst allein zurecht-zukommen bzw. sich überhaupt darauf einzulassen, mit Menschen mit Demenz soweit als irgend möglich in der gewohnten Umgebung zu leben oder zu arbeiten.</p>
CDU	<p>In Bremen haben wir mit den Beratungsstellen des sozialpsychiatrischen Dienstes, dem Kriseninterventionsdienst, dem Nachtcafé und den Anlaufstellen der vier psychiatrischen Kliniken im Land Bremen eigentlich eine gute Versorgungsstruktur bei psychischen Krisen. Obwohl eine demenzielle Erkrankung nicht direkt in die Zuständigkeit der einzelnen Anlaufstellen fällt, muss eine Versorgung dennoch möglich sein. Sollte hier tatsächlich eine Versorgungslücke bestehen, werden wir diese im Dialog mit den Trägern der unterschiedlichen Angebote schließen. In einem ersten Schritt könnte der Krisendienst für demenziell erkrankte Menschen im Rahmen der Modelmittel zur Weiterentwicklung der Psychiatriereform finanziert werden, um Erfahrungen über Bedarfe und Kooperationsmöglichkeiten zu sammeln.</p>
FDP	<p>Zunächst gilt es Angehörige und Mitarbeitende ausreichend für den Umgang mit Krisensituationen vorzubereiten. Nur dann können sie die Krisen gut bestehen. Ansonsten gilt es Ansprechpartner für/in den Einrichtungen und Institutionen zu schaffen bzw. zu stärken an die sich Mitarbeitende und Angehörige in Krisensituationen wenden können und die Unterstützung und Hilfestellung leisten können. Wenn Angehörige und Mitarbeitende gut vorbereitet sind, dann nützt das auch den Betroffenen. Insgesamt sollte ein Krisendienst eingerichtet werden, der kurzfristig Hilfe und Entlastung bieten kann.</p>
Die LINKE	<p>Die Versorgungsstrukturen für demenziell erkrankte Menschen und ihr Angehörigen müssen weiter optimiert werden. Für die Unterstützung von Betroffenen und Angehörigen sind nahe Beratungsstellen, Tageseinrichtungen und ambulante Dienste unerlässliche Angebote, damit die meist pflegenden Angehörigen auch selbst zeitweise entlastet werden. DIE LINKE ist daher für einen Ausbau von Tagespflege- und Kurzzeitpflegeangeboten. Auch muss der Zugang zu Gedächtnis-ambulanzen und Gedächtnissprechstunden durch eine Verbreiterung der Angebote erleichtert werden. Für die Angehörigen ist ein Zugang zu Psychotherapeuten zu erleichtern, um die Veränderungen und Umstellungen in der Lebensführung verarbeiten zu können. Mitarbeiter*innen von Einrichtungen benötigen vor allem eine bedarfsbezogene Personalbemessung und Personalausstattung in ihren Einrichtungen und ausreichend Supervisionsangebote zur Aufarbeitung belastender Situationen, wie z. B. gewalttätige Übergriffe durch demenziell erkrankte Menschen aufgrund ihrer Erkrankung.</p>

Ärztliche Versorgung

Situation: Für die Pflege und Betreuung zu Hause ist eine gute haus- und fachärztliche Versorgung wichtig. Nicht immer ist das Aufsuchen des Haus- oder Facharztes mit dem demenziell Erkrankten einfach, da

- die Einsicht und die Bereitschaft, einen Arzt aufsuchen zu müssen, fehlt;
- die hausärztliche Versorgung in manchen Stadtteilen nicht ausreichend ist, so dass sehr lange Wege zum nächsten Arzt zurückgelegt werden müssen;
- die Geduld für die Wartezeit in der Praxis aufgrund der kognitiven Einschränkung nicht vorhanden ist.

Erforderlich ist, dass Haus- und auch Fachärzte mehr Hausbesuche bei Menschen mit kognitiven Einschränkungen anbieten.

Ein weiteres Problem ist die fachärztliche Versorgung. Wartezeiten auf einen Termin von bis zu einem ½ Jahr sind in Bremen üblich – aber nicht akzeptabel. Selbst wenn eine schnellere Terminvergabe über die

Terminservicestelle erfolgt, so betrifft dies immer nur den einen Termin, manche Neurologen nehmen dann zur weiteren Behandlung keine neuen Patienten mehr auf. Somit ist eine kontinuierliche fachärztliche Betreuung durch einen/eine NeurologIn nicht möglich.

Des Weiteren scheint es nach unseren Erfahrungen auch nicht immer eine Leitlinien getreue Behandlung zu geben. Laut dem AOK-Pflegereport von 2017 erhalten demenzerkrankte Heimbewohner zu viel und zu lange Psychopharmaka. „Der breite und dauerhafte Neuroleptika-Einsatz bei Pflegeheimbewohnern mit Demenz verstößt gegen die Leitlinien“, kritisierte die Sachverständige zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen.“⁴

Frage 3) Wie will Ihre Partei eine wohnortnahe haus- und fachärztliche Versorgung sicherstellen?

<p>SPD</p>	<p>Zu Fragen 3) und 4): Eine bessere wohnortnahe haus- und fachärztliche Versorgung ist eine zentrale Forderung von uns Sozialdemokraten. Mit unserem Bürgerschaftsbeschluss „Ärztliche Versorgung besser steuern – soziale Lage in Quartieren berücksichtigen“ haben wir von der Kassenärztlichen Vertretung, die für die Vergabe der Kassenarztsitze zuständig ist, eine kleinräumigere Bedarfsplanung gefordert, die eine bessere wohnortnähere ärztliche Versorgung ermöglicht. Die Zahl der Hausbesuche von Ärzten ist in den vergangenen Jahren drastisch gesunken. Gab es 2009 noch 30,3 Millionen Hausarztbesuche bundesweit bei gesetzlich Versicherten, waren es 2016 nur noch 25,1 Millionen. Das entspricht einem Rückgang um mehr als 17 Prozent. Hausbesuche von Ärzten halten wir für einen wichtigen Baustein für die ärztliche Versorgung der Bevölkerung, insbesondere für ältere erkrankte Menschen. Die Abnahme von Hausbesuchen halten wir für sehr bedenklich und den Versorgungsbedürfnissen der Bevölkerung nicht angemessen. Auf Bundesebene haben wir bereits vereinbaren können, dass die Kassenärzte die Zahl der Sprechstunden für gesetzlich Versicherte von 20 auf 25 Stunden pro Woche anheben müssen. Mit dieser Anhebung als Schritt in die richtige Richtung, erhoffen wir auch eine Zunahme von Hausbesuche zu erzielen. Im Pflegepersonalverstärkungsgesetz konnten wir auf Bundesebene dafür sorgen, dass Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung sich Krankentransporte zur ambulanten Behandlung nicht mehr von der Kasse genehmigen lassen müssen. Sie gelten immer als genehmigt und werden auch bezahlt.</p>
<p>Bündnis 90 Die Grünen</p>	<p>Es ist nach unserer Überzeugung nicht zu erwarten, dass die Kassenärztliche Vereinigung in Bremen ihren Widerstand gegen eine kleinräumigere Bedarfsplanung in absehbarer Zeit aufgeben wird. Aufgrund der geltenden Selbstverwaltung im Gesundheitswesen und der bundesrechtlichen Vorgaben sehen wir daher leider keine realistische Chance, in der kommenden Wahlperiode zu einer bedarfsgerechteren Verteilung der niedergelassenen Praxen in den Stadtteilen zu kommen. Stattdessen setzen wir auf die Gründung von integrierten Gesundheitszentren und unterstützen dies insbesondere in benachteiligten Stadtteilen. In den integrierten Gesundheitszentren sollen unterschiedliche medizinische und präventive Angebote unter einem Dach zusammenwirken. So verbessern wir die Versorgung in diesen Stadtteilen, da die Gesundheitszentren attraktive Arbeitsbedingungen für Haus- und Fachärzt*innen bieten werden.</p>
<p>CDU</p>	<p>Für die CDU in Bremen und Bremerhaven ist die Grundlage und Basis einer guten medizinischen Versorgung die allgemeinmedizinische, haus- und kinderärztliche Betreuung, die für alle Stadtteile ortsnah und schnell verfügbar sichergestellt werden muss. Insgesamt sind die Bremerinnen und Bremer gut mit ärztlichen Leistungen versorgt. Dennoch gibt es in einigen Stadtteilen Versorgungslücken, die dringend geschlossen werden müssen. Um dies zu tun, wollen wir mit den Interessensverbänden und insbesondere mit der kassenärztlichen Vereinigung eine neue sozialraumorientierte Bedarfsplanung, in Verbindung mit Anreiz- und Förderprogrammen, zum Beispiel durch Mietunterstützungen für jüngere Medizinerinnen und Mediziner, auf den Weg bringen.</p>

⁴ https://aok-bv.de/presse/medienservice/politik/index_18439.html

	Darüber hinaus wollen wir eigene Anstrengungen zur Aus- und Fortbildung von Ärztinnen und Ärzten verstärken, indem wir das Cluster „Gesundheitswirtschaft“ an unseren Hochschulen durch Einrichtung einer medizinischen Fakultät stärken.
FDP	Dies ist Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung. Diese hat dies sicherzustellen. Kommt sie dem Sicherstellungsauftrag nicht nach, ist die Aufsicht gefordert einzugreifen. Missstände in diesem Bereich werden wir weiter thematisieren und gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung ansprechen, damit diese abgestellt werden. Damit ausreichend Fachärzte ausgebildet werden, setzen wir uns dafür zudem ein, dass ausreichend (das heißt mehr) Qualifikationsstellen für Fachärzte an den Krankenhäusern angeboten werden.
Die LINKE	Wir sehen das größte Problem für eine wohnortnahe haus- und fachärztliche Versorgung nicht in einem eventuellen Ärzt*innenmangel, sondern in der Verteilung und Niederlassungspraxis von Mediziner*innen in zumeist reicheren oder besser gestellten Stadtteilen, in denen auch mehr privat versicherte Patient*innen leben. Dies liegt auch an der gegenwärtigen Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung. Unterschiedliche Bedarfslagen und Ärzt*innenmangel in einzelnen Stadtteilen werden derzeit nicht berücksichtigt bei der Steuerung von Niederlassungen. DIE LINKE will das ändern. Wir wollen, dass sich die ärztliche Versorgung an einem kleinteiligeren Raster, z.B. der Stadtteilebene orientiert und zusätzlich an der spezifischen Zusammensetzung der Bevölkerung und an Faktoren wie Einkommensarmut, Pflegebedarf und räumliche Gegebenheiten. Aus diesem Grund streben wir eine grundsätzliche Neuordnung der ärztlichen Bedarfsplanung an. Bis dahin tritt DIE LINKE für ein Verfahren nach Vorbild Berlins zur gerechteren Verteilung von Ärzt*innen ein. In Berlin werden seit einigen Jahren Praxissitze aus Stadtteilen mit überdurchschnittlicher Versorgung schrittweise nach dem Freiwerden in Gebiete mit unterdurchschnittlicher Versorgung verlegt. Dadurch könnte es nachhaltig zu einer ausgewogeneren Verteilung von Ärzt*innen in Bremen und Bremerhaven kommen. Stadtteile mit hoher Armutsquote sollten zusätzlich einen Zuschlag bei der Zahl der haus- und kinderärztlichen Praxen erhalten. Darüber hinaus wollen wir einen besseren Zugang zu medizinischer Versorgung durch den Aufbau von interdisziplinären Gesundheitszentren, besonders in ärmeren Stadtteilen.

Frage 4) Welche Haltung nimmt Ihre Partei ein bezüglich der immer weniger stattfindenden Hausbesuche?

SPD	Siehe Frage 3)
Bündnis 90 Die Grünen	Die Hausbesuche sind unseres Erachtens vor allem deshalb rückläufig, weil viele Hausarztpraxen ohnehin stark belastet und Hausbesuche überdies oft unwirtschaftlich sind. Die ältere Generation von Ärzt*innen, die nach zehn Stunden Praxis auch noch täglich Hausbesuche machte, geht allmählich in den Ruhestand. Die oftmals unattraktive Vergütung von Hausbesuchen führt dazu, dass Hausbesuche dann häufig gar nicht mehr stattfinden. Das ist fatal, weil damit die Schwächsten, die immobilen Patient*innen und die Bewohner*innen sozialer Einrichtungen, aus der Versorgung herausfallen. Die Vergütung von Hausbesuchen ist daher deutlich anzuheben, sowohl für Ärzt*innen als auch für Therapeut*innen. Vor Ort in Bremen wollen wir durch die Gründung von integrierten Gesundheitszentren die haus- und fachärztliche Versorgung in den besonders belasteten Stadtteilen gezielt verbessern. Den dort beschäftigten Ärzt*innen soll ausreichend Zeit eingeräumt werden, Hausbesuche durchführen zu können, wann immer es notwendig ist.
CDU	Für die CDU Bremen ist der direkte Kontakt zwischen Arzt und Patient von zentraler Bedeutung. Egal, ob in der ärztlichen Praxis oder in den eigenen vier Wänden. Mit rund 342 Hausbesuchen pro Arzt liegt Bremen allerdings weit hinter anderen Bundesländern. Auch wenn wir dabei die

	<p>städtische Struktur berücksichtigen, kann uns dieser Wert nicht zufriedenstellen. Deshalb ist es richtig, (wenn) auf Bundesebene noch einmal die Vergütungsstruktur für Hausbesuche zu überprüfen und gegebenenfalls zu erhöhen. Auf Landesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass das Instrument der Telemedizin weiterentwickelt und eingesetzt wird. Dies kann, zum Beispiel per Video-Verbindung, einen Beitrag dazu leisten, dass regelmäßiger und ortsunabhängiger als bisher der Rat eines Mediziners oder einer Medizinerin eingeholt werden kann.</p> <p>Doch auch unterhalb des haus- oder fachärztlichen Hausbesuches müssen wir die Strukturen verbessern. Die CDU will beispielsweise frühzeitig die Pflegebedürftigkeit verhindern. Deshalb hat die CDU-geführte Bundesregierung beschlossen, dass der präventive Hausbesuch von Gesundheitsfachkräften aus den Mitteln des Präventionsgesetzes finanziert werden kann. Darüber hinaus erhalten Kommunen – also auch die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven – mehr Gestaltungsmöglichkeiten bei der Ausrichtung der pflegerischen Versorgungsangebote.</p>
FDP	<p>Hausbesuche sollten aus unserer Sicht die Aufgabe haben, die Betroffenen und Angehörigen zu unterstützen, weitere Unterstützung anzubieten und zu beraten. Ziel dabei sollte sein, den Betroffenen ein entsprechend des Krankheitsverlaufs so weit wie möglich selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, in dem sie ihre Fähigkeiten erhalten können.</p>
Die LINKE	<p>DIE LINKE sieht in der Abnahme von Hausbesuchen besonders vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und einer zunehmenden Anzahl immobiler und multimorbider älterer Menschen ein steigendes Versorgungsproblem. Wie eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linkspartei ergeben hat, hat Bremen die niedrigste Anzahl an Hausbesuchen im Vergleich der Bundesländer. Fragen von Rentabilität sind aus Ärzt*innensicht verständlich, wenn in der Zeit der Praxisbetrieb ruhen muss, dürfen aber nicht zu einer weiteren Abnahme von Hausbesuchen führen.</p>

Demenzberatung

Situation: In Bremen (Stadt) gibt es seit 2003 die unabhängige Demenz Informations- und Koordinationsstelle - DIKS. Die DIKS berät Angehörige und Betroffene zu allen Themen rund um das Thema Demenz:

- Informationen zum Krankheitsbild
- Umgang mit spezifischen Verhaltensweisen
- Leistungen der Pflegeversicherung
- Vermittlung von wohnortnahen Angeboten zur Entlastung bei Pflege und Betreuung
- Psychosoziale Unterstützung in schwierigen Situationen
-

Die Beratungsanfragen sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Von 2012 zu 2017 gab es einen Zuwachs an Klienten um 33 %. Die personelle Ausstattung der Beratungs- und Koordinationsstelle ist dazu im Vergleich von 2012 bis 2017 nur um 18 % gestiegen (derzeit 3 Teilzeitbeschäftigte mit insgesamt 65 Wochenstunden). Zahlreiche Studien belegen, dass Angehörige und Betroffene von einer spezialisierten und unabhängigen Beratung stark profitieren.

Zu den weiteren Aufgaben der DIKS gehören Öffentlichkeitsarbeit und die Vernetzung aller demenzspezifischen Angebote in Bremen (Stadt). Die DIKS bietet dazu unter anderem öffentliche Vorträge an, erstellt vierteljährlich den „Bremer Demenz Newsletter“, bündelt die demenzspezifischen Angebote und Einrichtungen auf ihrer Homepage (www.diks-bremen.de), veranstaltet alle 2 Jahre den „Bremer Fachtag Demenz“, organisiert Vernetzungstreffen der Demenz-Stadtteil-Initiativen und leitet das „bremer forum demenz“. Die personellen Ressourcen sind für diese Arbeiten ausgeschöpft.

Die Beratungsanfragen werden aufgrund der weiteren Zunahme von Demenzerkrankungen in den nächsten Jahren noch mehr wachsen. Eine konzeptionelle Weiterarbeit an einer demenzfreundlichen Kommune sowie die Bearbeitung wichtiger Themenbereiche wie z.B. „Demenz bei Menschen mit Migrationshintergrund“ (siehe auch nächsten Punkt) sind jetzt schon nicht mehr möglich aufgrund der begrenzten personellen Ressourcen.

Frage 5) Welchen Stellenwert hat für Ihre Partei die Demenzberatung in Bremen und welche zusätzlichen Ressourcen wird Ihre Partei dafür zur Verfügung stellen?

SPD	<p>In Bremen sind vermutlich rund 13.000 überwiegend ältere Menschen von einer dementiellen Erkrankung betroffen, deren Angehörigen mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert werden. Demenziell Erkrankte und ihre Familien brauchen die Unterstützung der Gesellschaft. Sie brauchen Freunde, Nachbarn, Mitbürger im Quartier, die es ihnen ermöglichen, in der Mitte der Gesellschaft zu bleiben. Und es ist eine große Palette an professionellen Unterstützungsangeboten nötig, um die Familien zu entlasten. Im Land Bremen stehen vielfältigen Unterstützungsangebote den Erkrankten und den Angehörigen im Land Bremen zur Verfügung. Ein wichtiger fachlich kompetenter Ansprechpartner bei der Demenzberatung für Angehörige und demenzerkrankter Menschen stellt die DIKS dar. Bremen fördert die DIKS über den Fonds für Innovation und Strukturverbesserung zusammen mit Mitteln des Bundesversicherungs-amtes. Diese Förderung ist dauerhaft und zeitlich nicht begrenzt.</p> <p>Für uns sind alle Einrichtungen insbesondere die DIKS wichtige und unersetzliche Bausteine in der Hilfe und Unterstützung von Demenzerkrankten und deren Angehörigen. Wir stehen für die weitere erfolgreiche Unterstützung der Beratungsangebote und sehen aufgrund der demografischen Wandel mit einhergehender zunehmender Anzahl von Demenzerkrankten einen zukünftig erhöhten Bedarf an zusätzlichen Ressourcen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dem steigenden Bedarf auch umfänglich entsprochen wird.</p>
Bündnis 90 Die Grünen	<p>Eine kompetente und unabhängige Beratung, wie sie durch die DIKS seit 2003 angeboten wird, ist selbstverständlich ein wichtiger Baustein innerhalb der Bremer Beratungslandschaft. Die Tätigkeit der DIKS in Bremen, aber auch des Pflegestützpunkts Demenz-Beratung in Bremerhaven, trägt maßgeblich dazu bei, Angehörige und Betroffene rund um das Thema Demenz fachkundig zu beraten. Bedingt durch die demografische Entwicklung ist anzunehmen, dass die Nachfrage nach Beratungen und Hilfestellungen auch weiterhin zunehmen wird. Aus diesem Grund wurde Ende letzten Jahres der Ausbau zweier weiterer Pflegestützpunkte für 2019 beschlossen. Damit wird es demnächst neben der Vahr, Bremen-Nord und Bremerhaven auch zukünftig Pflegestützpunkte im Bremer Westen und Süden geben. Diese Initiative, die auf das Engagement unserer GRÜNEN Sozialsenatorin Anja Stahmann zurück geht und gemeinsam aus Mitteln des Bremer Haushalts, der Kranken- und Pflegekassen finanziert wird, ist ein weiterer wichtiger Schritt für die Orientierung und konkrete Hilfe in einer häufig schwierigen und belastenden Situation. Die gute Kooperation zwischen den Pflegestützpunkten und der DIKS wird künftig von hoher Bedeutung sein, wenn es um Demenzerkrankungen geht, die oftmals auch mit weiteren Fragestellungen zur Pflege einhergehen. Aus gutem Grund finanziert daher das Land Bremen jährlich die DIKS und die Helpline sowie weitere Projekte, wie z. B. den Demenztag.</p> <p>Da Bremen als Haushaltsnotlageland, trotz erzielter Konsolidierung, weiterhin gehalten ist, sehr verantwortungsvoll mit den Finanzen umzugehen, wird sich bei den nächsten Haushaltsverhandlungen zeigen, inwieweit es möglich ist, zusätzliche Ressourcen ausschließlich für die Demenzberatung zur Verfügung stellen zu können. Dafür ist es in jedem Fall notwendig, den Bedarf zu quantifizieren und transparent gegenüber dem Haushaltsgesetzgeber, also den Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft, darzustellen. Gerne kommen wir dazu mit Ihnen ins Gespräch.</p>
CDU	<p>Aus Sicht der CDU Bremen hat die Demenzberatung durch die Demenz Informations- und Koordinationsstelle (kurz DIKS) sowie die Beratungselemente zu diesem Thema in den Pflegestützpunkten einen hohen Stellenwert. Angehörige von demenziell erkrankten Menschen dürfen nicht allein gelassen werden und benötigen eine fachliche Expertise. Deshalb setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Finanzierung der DIKS ein.</p>
FDP	<p>Wir halten die Beratung für immens wichtig. Nur mit guter Beratung wird den Betroffenen geholfen, der Krankheitsverlauf gemildert und ein unter Berücksichtigung des Krankheitszustandes soweit wie möglich noch selbstbestimmtes Leben möglich. Entsprechend der leider festzustellenden Zunahme der Krankheitsfälle ist die Beratung weiter auszubauen.</p>

Die LINKE	Die Demenzberatung in Bremen ist eine unverzichtbare erste Anlaufstelle für Betroffene und ihre Angehörigen. DIE LINKE ist daher für eine dauerhafte, planbare und bedarfsdeckende finanzielle Förderung solch wichtiger Beratungsangebote.
-----------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Demenz und Migration

Situation: Der Anteil der älter werdenden demenzbetroffene BürgerInnen mit Migrationshintergrund in Bremen nimmt kontinuierlich zu. Abgesehen von einer türkisch-sprachigen Angehörigengruppe der DIKS in Gröpelingen gibt es keinerlei demenzspezifische Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund. Kulturspezifische Beratungsangebote zu den Themen „Pflege“ und speziell „Demenz“ gibt es nicht oder nur in sehr geringem Ausmaß. Die Bedarfe in den einzelnen Migrationsgruppen sind unbekannt.

Um die Partizipation dieser Personengruppe an der Versorgung zu fördern, ist eine Erforschung der Bedarfe notwendig sowie die sich daraus ergebende Entwicklung geeigneter Maßnahmen.

Frage 6) Welche Ressourcen will Ihre Partei zur Verfügung stellen, um die Erforschung der Bedarfe und die Entwicklung von Versorgungskonzepten für diese Personengruppe voranzutreiben?

SPD	Das Land Bremen beteiligt sich an den Treffen einer bundesweiten Initiative zu Demenz und Migration: „DeMigranz“. Dieses von der Robert-Bosch-Stiftung Stuttgart ins Leben gerufene Projekt startete am 06.03.2018. Mit „DeMigranz“ wird das Ziel verfolgt, die Lebenssituation von Menschen mit Demenz und Migrationshintergrund zu verbessern. In einem mehrjährigen Prozess will „DeMigranz“ Akteure und Netzwerke aus Politik und Praxis zusammenbringen, damit sich dauerhafte Beratungs- und Informationsangebote entwickeln und eine bundesweite Vernetzung möglich wird. Wir begrüßen das Projekt „Demenz und Migration“ und im Regierungsprogramm zur Bürgerschaftswahl 2019 sprechen wir uns deutlich für eine verstärkte Förderung aus.
Bündnis 90 Die Grünen	Für uns GRÜNE ist die interkulturelle Öffnung des Gesundheitswesens seit Jahren ein Thema, für das wir uns stark machen. Die hohe Relevanz, die das Thema Demenz und Migration aktuell und zukünftig einnehmen wird, ist uns bewusst. Aus diesem Grund werden an einigen Pflegestützpunkten bereits Beratungsangebote in Herkunftssprachen angeboten. Außerdem hat sich das Land Bremen auch der bundesweiten Initiative „DeMigranz“ der Robert-Bosch-Stiftung angeschlossen. Das Projekt, das im März 2018 startete, bringt Akteure und Netzwerke aus Politik und Praxis mit der Zielsetzung zusammen, Beratungs- und Informationsangebote zu entwickeln und eine bundesweite Vernetzung zu ermöglichen. Grundsätzlich halten wir es für zentral, Angebote, die die Mehrsprachigkeit und kulturellen Wertvorstellungen von älter werdenden Bremer*innen mit Migrationshintergrund berücksichtigen, (fort-) zu entwickeln. In unserem Wahlprogramm heißt es: „Wir setzen uns für eine verbesserte interkulturelle Öffnung der Regelangebote für ältere Migrantinnen und Migranten sowie für ergänzende zielgruppenspezifische Maßnahmen und Projekte ein.“ Und „Wir GRÜNE wollen Angebote der Kurzzeitpflege kultursensibel ausrichten. Dafür wollen wir ein Modellprojekt initiieren.“ Dieses Modellprojekt sollte auch die Frage der dementiell erkrankten Menschen mit Migrationshintergrund in der Kurzzeitpflege aufgreifen.
CDU	Die Erforschung der Bedarfe und die Entwicklung von Versorgungskonzepten im Zusammenhang von Migration und Demenz ist nicht allein Aufgabe des Landes Bremen, sondern ist eine bundesweite Herausforderung. Zusätzliche Ressourcen zur Erforschung sollten deshalb durch die Partner der Selbstverwaltung in der Pflege bereitgestellt werden. In unserem Verantwortungsbereich werden wir uns dafür einsetzen, dass die Sensibilisierung für das Thema Migration in die generalistische Pflegeausbildung einfließt (siehe auch Frage 8) und auch Eingang in den zu aktualisierenden Seniorenplan findet (siehe auch Frage 10-12). Sollten sich aus dieser Berücksichtigung zusätzliche Bedarfe ergeben, ist eine Finanzierung sicherzustellen.
FDP	Wir unterstützen Vorhaben zur qualifizierten Ermittlung des zukünftigen Bedarfs. Nur so kann die zukünftige Versorgung qualifiziert geplant werden. Neue Versorgungskonzepte sind von den

	Anbietern zu entwickeln. Hier ist es Aufgabe des Landes und der Stadtgemeinden sowie der Kassen diese zu ermöglichen. Hinsichtlich der Forschung bleibt es Aufgabe der Pflegewissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sowie Medizinerinnen und Mediziner entsprechende Forschungsvorhaben zu entwerfen und zu beantragen, über die dann von den zuständigen Gremien zu entscheiden ist.
Die LINKE	Mit Blick auf den demografischen Wandel und einer zunehmenden Auflösung von Familienverbänden müssten nach unserer Ansicht vor allem Versorgungskonzepte entwickelt werden, die die informelle Pflege stützen und ergänzen können, da diese in den kommenden Jahren womöglich nicht mehr die tragende Säule sein wird/kann. Für den Ausbau stationärer und ambulanter Versorgungskonzepte sind jedoch ausreichend gut ausgebildete Fachkräfte nötig. Die können nur gewonnen und im Beruf gehalten werden, wenn die Pflege- und Assistenzberufe attraktiver werden durch bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Bezahlung. Damit die notwendigen Leistungsausweitungen solidarisch finanziert werden, setzt sich DIE LINKE auf Bundesebene für die solidarische Bürger*innenversicherung und für eine stabil finanzierte Pflegeversicherung ein. Auf Landesebene werden wir uns für den Ausbau von Demenz-WGs und lokaler Allianzen einsetzen, um Kooperations- und Angebotsstrukturen zu stärken, die es demenziell erkrankten Menschen ermöglichen, solange wie möglich in ihrem bisherigen Umfeld zu verbleiben.

Pflege und Betreuung von Menschen mit Demenz in Einrichtungen

Situation: In den Wohn- und Betreuungseinrichtungen steigt die Zahl der Personen mit dementiellen und gerontopsychiatrischen Krankheitsbildern. Laut SGB XI (§ 84, Abs. 5, Satz 1 und 2) soll in den Pflegesatzvereinbarungen dem voraussichtlich zu versorgenden Personenkreis Rechnung getragen werden und die dafür individuell vorzuhaltende personelle Ausstattung gegliedert nach Berufsgruppen festgelegt werden.

In der Personalverordnung zum Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz⁵ ist in § 6 lediglich von einer Fachkraftquote von 50 % die Rede, sofern nicht ein „außerordentlicher Unterstützungsbedarf“ eine höhere Quote erforderlich macht. Nachts ist ein Pflegeschlüssel ab 2019 von 1 : 40 vorgesehen (bisher 1 : 50), davon mindestens 1 Fachkraft für „Unterstützungsleistungen“.

Im § 7 Absatz 4 werden nur erwachsene Menschen mit Behinderungen und mit psychischen Erkrankungen ggfs. mit höherem Bedarf eingeschätzt. Menschen mit dementiellen Erkrankungen werden im Abschnitt 4 nicht explizit erwähnt und in der Praxis wird der deutlich höhere Unterstützungsbedarf entsprechend nicht bei den Personalbemessungen berücksichtigt.

Höhere personelle und finanzielle Ressourcen sind aber nötig, damit die Mitarbeiter/innen in der Lage sind und bleiben, Nutzer/innen mit dementiellen Erkrankungen die erforderliche Aufmerksamkeit und ganzheitliche fachliche Betreuung zu geben und die entsprechende gesellschaftliche, finanzielle und persönliche Wertschätzung zu erfahren. Besonders möchten wir auf die deutlich höheren personellen Anforderungen bei demenziell erkrankten Menschen mit herausforderndem Verhalten aufmerksam machen.

Frage 7) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass demenziell erkrankte Menschen bezüglich der personellen Ausstattung in Pflege- und Betreuungseinrichtungen psychisch erkrankten Menschen und Menschen mit geistiger Behinderung gleichgestellt werden?

SPD	Zu den Fragen 7) und 8): Die Sensibilisierung der gesellschaftlichen Verantwortung für Demenzkranke, den Einsatz für Menschen mit Demenz und deren Familien sowie die Gestaltung eines Unterstützungs- und Versorgungssystems, das den Bedürfnissen und Versorgungsanforderungen der an Demenz erkrankten Menschen gerecht wird, ist für uns beim Umgang mit dieser gesellschaftlichen Herausforderung von hoher Bedeutung. Besonders wichtig ist es, die Rechte der Demenzpatientinnen und -patienten zu schützen. Dazu gehört diesen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dafür ist es nötig, in der Gesellschaft auf die speziellen
-----	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

⁵ BremWoBeGPersV

	<p>Bedürfnisse von dementen Personen aufmerksam zu machen und aufzuklären. Die personelle Ausstattung in Pflege- und Betreuungseinrichtungen muss so aufgestellt sein, dass sie demenzerkrankten Bewohnerinnen und Bewohnern ein möglichst selbstbestimmtes Leben mit allen erforderlichen pflegerischen Versorgungsangeboten garantieren kann. Wir Sozialdemokraten haben uns in Bremen für bessere Personalschlüssel auch in der Altenpflege eingesetzt. Teilerfolge konnten wir bereits beim neuen Wohn- und Betreuungsrecht erzielen. Diese reicht aber bei weitem noch nicht aus! Inwieweit eine Gleichstellung bezüglich der personellen Ausstattung beispielsweise mit Menschen mit geistiger Behinderung anzustreben ist, muss fachlich entschieden werden. Klar ist aber: Die Betreuung von dementiell erkrankten Menschen erfordert deutlich mehr Personal, um den Erfordernissen an ein gutes und weitgehend selbständiges Leben umfänglich gerecht werden zu können.</p> <p>Der Beginn der gemeinsamen Ausbildung von Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege zum 1.1.2020 muss genutzt werden, um ein hohes Niveau der Fachkraftausbildung für die nötigen bis zu 1.000 Schülerinnen und Schüler weiter sicherzustellen und weiterzuentwickeln. Die Ausbildung im Land Bremen soll auf Grundlage eines einheitlichen Curriculums erfolgen. Die Schulen sollen dazu kooperieren, beispielsweise in Form eines Vereins. Pflegehilfskräften soll der Aufstieg zur Fachkraft unkompliziert ermöglicht werden durch ein ausreichendes Angebot und Förderung im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Programme. Um den Fachkräftebedarf zu decken und gleichzeitig die Potentiale geflüchteter und eingewanderter Menschen zu nutzen, wollen wir Geflüchtete und Zugewanderte für Berufe in der Pflegebranche besonders ansprechen. Hierzu zählt auch, bedarfs-orientierte Qualifizierungsangebote für diese Zielgruppe vorzuhalten.</p> <p>Dem Fachkräftemangel in der Pflege wollen wir mit „guter Arbeit“ begegnen. So wollen wir die öffentliche Anerkennung sowie die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung verbessern sowie die Attraktivität der Pflegeberufe steigern. Besondere Herausforderungen sehen wir in der sehr hohen Quote von teils unfreiwilliger Teilzeit und in der Gesundheitsförderung insbesondere der vielen älteren Beschäftigten. Wir werden die Bremer Pflegeinitiative fortsetzen und uns für gute Bezahlung, geringere Arbeitsverdichtung und weiterhin für flächendeckende, möglichst allgemeinverbindliche Tarifverträge mit attraktiven Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte einsetzen (vgl. Programmteil Arbeit).</p> <p>Wir machen uns stark für bessere Arbeitsbedingungen, gute Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten und die öffentliche Anerkennung der Pflegekräfte. Die Interessenvertretung der Pflegekräfte wollen wir stärken. Wir wollen deshalb eine Pflegebeauftragte/einen Pflegebeauftragten des Senats schaffen, der die Interessen der zu Pflegenden, ihrer Angehörigen und zusammen mit den Gewerkschaften und der Arbeitnehmerkammer die Interessen der in der Pflege Beschäftigten wahrnimmt und sich für eine Verbesserung der Pflege einsetzt.</p>
<p>Bündnis 90 Die Grünen</p>	<p>Die Frage der richtigen Personalausstattung im Bereich der Pflege ist zentral. Wir GRÜNE begrüßen daher die aktuell vom SOCIUM durchgeführte Studie, um ein fundiertes Verfahren zur einheitlichen Bemessung des Personals in Pflegeeinrichtungen zu entwickeln. Daraus können dann entsprechende Aussagen zu Personalschlüsseln getroffen werden. Uns GRÜNEN ist dabei der Blick auf die Pflege insgesamt wichtig. Eine vermeintliche Besserstellung einzelner Personengruppen oder Krankheitsbilder halten wir für nicht zielführend, denn damit droht immer die Gefahr, dass sich Anbieter auf vermeintlich lukrative Bereiche in der Pflege konzentrieren und für andere eben nicht.</p> <p>Im Februar dieses Jahres hat sich der Bremer Senat der Bundesratsinitiative „zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“ angeschlossen. Ziel dieser gesetzlichen Neuregelung ist, dass notwendige qualitative Verbesserungen für die Pflegebedürftigen und die Pflegekräfte umgesetzt werden, ohne dass die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen die Finanzierungslast allein zu tragen haben. Hier soll zukünftig ein Eigenanteil gesetzlich festgeschrieben werden und alle darüber hinausgehenden Pflegekosten durch die Pflegeversicherung getragen werden. Vor dem Hintergrund der neu eingeführten fünf Pflegegrade (Pflegestärkungsgesetze II und III), durch die sich die Unterstützung durch die Pflegeversicherung insbesondere für Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen deutlich verbessert hat, halten wir GRÜNE die Mit-unterzeichnung Bremens für zukunftsweisend.</p>

CDU	<p>Die CDU Bremen erkennt an, dass Menschen mit Demenz einen höheren Betreuungsaufwand benötigen, an der sich auch die personelle Ausstattung in Pflege- und Betreuungseinrichtungen orientieren muss. Um die Situation zunächst zu stabilisieren, halten wir an den derzeit bestehenden Personaluntergrenzen in allen Einrichtungen fest und wollen die Betreuungsrelationen weiter verbessern. Eine Fachkraftquote von 50 % in Altenpflegeeinrichtungen darf nicht unterschritten werden. Insbesondere in der Nacht ist ein Personalschlüssel umzusetzen, der für jede Einrichtung mindestens eine Doppeltbesetzung vorsieht und sich am steigenden Bedarf orientiert.</p> <p>Perspektivisch müssen die Personalbedarfe und die personelle Ausstattung in den Pflege- und Betreuungseinrichtungen aber wissenschaftlich begleitet werden, um auch den Anforderungen demenziell erkrankter Menschen gerecht zu werden. Der Bundesgesetzgeber hat daher die Vertragsparteien der Pflegeselbstverwaltung verpflichtet, bis zum 30. Juni 2020 ein fundiertes Verfahren zur einheitlichen Bemessung des Personals in Pflegeeinrichtungen nach qualitativen und quantitativen Maßstäben wissenschaftlich zu entwickeln und zu erproben. Diese Studie wird am Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik (SOCIUM) der Universität Bremen durchgeführt. An den Ergebnissen werden wir die künftige Personalbemessung in den Pflegeeinrichtungen ausrichten.</p>
FDP	<p>Ja, denn ab einem gewissen Grad der Demenz ist ein entsprechender Personaleinsatz erforderlich. Ab diesem Punkt ist auch ein entsprechender Personaleinsatz gerechtfertigt. Als Partei und Fraktion können wir darauf allerdings nur bedingt Einfluss nehmen. Auch wird es wichtig sein, ausreichend Fachkräfte zu gewinnen.</p>
Die LINKE	<p>DIE LINKE tritt seit langem dafür ein, dass demenziell erkrankte Menschen endlich angemessen in die Pflegeversicherung einbezogen und damit auch bei der personellen Ausstattung gleichgestellt werden. Pflege und Assistenz müssen Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ermöglichen und sich individuell an der Situation des betroffenen Menschen ausrichten. Das gelingt aber nur, wenn die Absicherung der Pflege ausreichend finanziert wird.</p>

Frage 8) Was ist Ihr Konzept zur Gewinnung von mehr Pflegekräften in Bremen?

SPD	<p>Siehe Frage 7)</p>
Bündnis 90 Die Grünen	<p>Wir GRÜNE setzen uns nach Kräften dafür ein, dass Pflegekräfte in ihrer Arbeit eine Entlastung erfahren. Wir wollen die Attraktivität dieses wertvollen Berufs wieder in den Mittelpunkt rücken. Bessere Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung, eine familienfreundliche Arbeitsorganisation und mehr Zeitsouveränität sind unsere Ziele. Dazu fordern wir bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, gesetzlich festgelegte Personalbesetzung mit höheren Personalschlüsseln und eine bessere Bezahlung sowie die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen – so steht es in unserem Wahlprogramm.</p> <p>Darüber hinaus haben wir in dieser Legislaturperiode bereits wichtige Maßnahmen zur Gewinnung von zusätzlichen Pflegekräften eingeleitet. Die Anzahl der Ausbildungsplätze in der Pflegeausbildung wurde bereits 2016 von 120 auf 250 angehoben. Zudem haben wir GRÜNE veranlasst, dass Bremen ein „Sonderprogramm zur Altenpflege“ für arbeitslose Menschen, Geflüchtete und Alleinerziehende auflegt hat, um zusätzliches Personal zu gewinnen. Für das Sofortprogramm stehen jährlich 220.000 Euro bereit. Den Antrag „Fachkräftesicherung in der Altenpflege“ unserer GRÜNEN-Fraktion finden Sie im Internet unter der Drucksache 19/1380. Darüber hinaus werden wir GRÜNE in Bremen in engem Austausch mit unseren Kolleg*innen in den Bundesländern bleiben, in denen eine Pflegekammer eingerichtet wurde. Die Zielsetzung einer Pflegekammer, die Interessenvertretung beruflich Pflegenden zu stärken und die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Pflegeberufe zu verbessern, halten wir für einen wichtigen Beitrag zur Gewinnung von Pflegekräften.</p> <p>Außerdem setzen wir GRÜNE uns seit Jahren für die erleichterte Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen ein. Wer mit Qualifikationen nach Deutschland kommt, soll</p>

	<p>diese nutzen können und eine qualifizierte Berufstätigkeit zügig aufnehmen können. Deshalb wollen wir die Voraussetzungen für Anerkennung in den landesrechtlich geregelten Berufen, also auch der Gesundheitsfachberufe, verbessern. Die Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz muss dabei über eine Erstberatung hinausgehen und beispielsweise berufsspezifische Deutschkurse beinhalten.</p>
CDU	<p>Die Nachwuchsgewinnung und –förderung für die qualifizierte Pflege wird ein Schwerpunkt der CDU Bremen in der Gesundheitspolitik der kommenden Legislatur sein. Dabei unterscheiden wir mit Beginn der generalistischen Ausbildung nicht länger zwischen Kranken- und Altenpflege, sondern wollen das Berufsbild als Ganzes stärken und die Durchlässigkeit zwischen den Arbeitsfeldern erhöhen. Mehr Personal gewinnen wir insgesamt nur durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen sowie individuelle Aufstiegs-möglichkeiten (beinhalten).</p> <p>Die ehrgeizigen Ziele in diesem Bereich werden es zudem erfordern, die Kompetenzen der Pflegeschulen zu bündeln und trotzdem Kapazitäten gleichzeitig in Bremen und Bremerhaven vorzuhalten. Dazu wollen wir sicherstellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - zu Beginn der generalistischen Pflegeausbildung im Januar 2020 insgesamt 1000 Ausbildungsplätze zur Verfügung zu haben und die Zahl in der Zukunft bedarfsgerecht anzupassen. Darüber hinaus werden wir jedes Jahr 50 schulische Plätze für Hilfskräfte vorhalten, die sich zu Fachkräften weiterentwickeln wollen, - eine Weiterqualifizierungsoffensive für derzeitige Pflegehilfskräfte auf den Weg zu bringen und gleichzeitig die allgemeine Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten zu stärken, um das Berufsbild im Allgemeinen für junge Menschen attraktiver als bisher zu gestalten, - den primärqualifizierenden Studiengang „Pflege“ an der Hochschule Bremen nachdrücklich zu unterstützen sowie durch Pflegekompetenz-zentren in Bremen und Bremerhaven Ausbildung, medizinische Angebote und soziale Dienste ganzheitlich zu entwickeln, und - die Bedingungen für die Anwerbung und Integration in den Pflegedienst dadurch zu verbessern, dass der Anerkennungsprozess vergleichbarer ausländischer Qualifikationsnachweise nicht länger als zwei Monate dauert.
FDP	<p>Es gilt in den sozialen und pflegerischen Berufen die Ausbildungskapazitäten massiv zu erhöhen. Auch ist es erforderlich Schulgelder abzuschaffen. Zudem wollen wir qualifizierte Zuwanderung ermöglichen, damit entsprechende Fachkräfte zu uns kommen können.</p>
Die Linke	<p>Um Pflegeberufe attraktiver zu machen, sowohl für Neueinsteiger*innen als auch für Quereinsteiger*innen, ist eine Aufwertung der Pflegeberufe nötig mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und besserer Bezahlung. DIE LINKE spricht sich dagegen aus, dass Auszubildende für das Stopfen von Personallöchern eingesetzt werden. Aus diesem Grund sind wir gegen eine Anrechnung von Auszubildenden auf den Personalschlüssel für die gesamte Dauer der Ausbildung.</p>

Kurzzeit- und Verhinderungspflege

Situation: die Kurzzeit- und Verhinderungspflege dient vor allem pflegenden Angehörigen zur Entlastung (Urlaub), zur Bewältigung von Krankheits- oder Krisensituationen oder auch zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege (z.B. bei Dienstreisen). Zur Zeit ist es in Bremen für Angehörige kaum möglich dieses Angebot in Anspruch zu nehmen, da es zu wenig Kurzzeitplätze gibt (wir meinen damit Kurzzeitpflegeplätze, die Menschen von zu Hause aus in Anspruch nehmen können; nicht Kurzzeitpflegeplätze, die Krankenhäuser mit ihren Patienten belegen). Dies bedeutet, Angehörige müssen alle Pflegeheime in Bremen abtelefonieren, ob und wann es ggf. einen Kurzzeitplatz gibt. Die Einrichtungen können meist erst kurze Zeit vorher verbindlich zusagen, so dass es für die Angehörigen kaum möglich ist, Urlaubsreisen oder auch eigene geplante Krankenhausaufenthalte fest zu planen, da sie bis kurz vorher nicht wissen, ob sie auch einen Kurzzeitplatz erhalten.

Die Belastung von pflegenden Angehörigen ist durch den Pflegealltag meist sehr hoch, wenn auch noch Entlastungsmöglichkeiten wie Verhinderungspflege oder Kurzzeitpflege wegfallen, werden Angehörige frühzeitiger gezwungen sein, ihre demenziell erkrankten Familienmitglieder in die stationäre Langzeitpflege zu geben. „Ambulant vor stationär“ ist dann nur „reine Theorie“.

Frage 9) Was wird Ihre Partei tun, um die Situation zu verbessern?

SPD	Wir setzen uns in allen politischen Zusammenhängen dafür ein, dass sowohl qualifiziertes Personal ausgebildet als auch in die Einrichtungen verstärkt eingestellt werden kann. Nur ist es nicht immer leicht, auch gesellschaftliche Mehrheiten für die damit einhergehenden Kostensteigerungen zu gewinnen. Wir sind aber optimistisch, dass dieses angesichts des demographischen Wandels in unserer Gesellschaft in Zukunft leichter gelingen kann.
Bündnis 90 Die Grünen	Unser Ziel ist es, die pflegenden Angehörigen zu unterstützen und zu stärken. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit unseren Kolleg*innen von der GRÜNEN Bundestagsfraktion einschließlich unserer GRÜNEN Bundestagsabgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther aus Bremen dafür ein, dass sich die Rahmenbedingungen für den Ausbau von Kurzzeit- und Verhinderungspflege deutlich verbessern. Siehe auch den Antrag der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN „Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege“ (BT-Drs. 19/446). Wir sehen eine große Chance darin, ein sog. Entlastungsbudget zu schaffen, das die Mittel für die Kurzzeitpflege, Verhinderungspflege, Tages- und Nachtpflege sowie den monatlichen Entlastungsbetrag nach § 45b SGB XI zusammenführt. Damit könnten pflegende Angehörige und Betroffene flexibel das passende Angebot zusammenstellen und finanzieren. Und wie bereits unter Frage 6 erwähnt, sieht unser Wahlprogramm ein Modellprojekt im Bereich kultursensibler Kurzzeitpflege im Land Bremen vor.
CDU	Die unzureichende Verfügbarkeit mit Plätzen in der Kurzzeit- und Verhinderungspflege ist aus Sicht der CDU Bremen nicht hinnehmbar. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass es schnell zu einem bedarfsgerechten Ausbau an Plätzen kommt.
FDP	Wir setzen uns auf Bundesebene für ein Einwanderungsgesetz ein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ausbildungskapazitäten erhöht werden. Wir thematisieren die Probleme in verschiedenen Veranstaltungen.
Die LINKE	DIE LINKE setzt sich für die Einführung einer bedarfsgerechten und verbindlichen Personalbemessung in allen Pflegeberufen ein. Aus diesem Grund unterstützen wir neben eigenen parlamentarischen Initiativen unserer Landtags- und Bundestagsfraktion zum Thema, aktiv das Volksbegehren für mehr Pflegepersonal in Bremen.

Demenzfreundliche Kommune

Einige Städte und Kommunen haben sich konzeptionell auf den Weg gemacht, demenzfreundliche Strukturen und Angebote aufzubauen⁶. In Bremen gibt es bisher kein übergreifendes Konzept. Die DIKS, die Mitglieder vom bremer forum demenz und die einzelnen Bremer Stadtteil-Initiativen arbeiten an der Verbesserung der Situation. Für eine konzeptionelle Entwicklung zur demenzfreundlichen Kommune fehlen aber personelle und finanzielle Ressourcen sowie eine politische Willenserklärung mit der Beteiligung verschiedener Ressorts.

Frage 10) Was ist aus Ihrer Sicht notwendig, um Bremen zu einer demenzfreundlichen Kommune zu entwickeln.

SPD	<p>Zu den Fragen 10) und 11):</p> <p>Wir werden Bremen und Bremerhaven als demenzfreundliche Städte weiterentwickeln. Auch digitale Kurse für pflegende Angehörige befürworten wir -wir werden deshalb dabei helfen, das bestehende Angebot bekannter (zu machen).</p> <p>Vor allem für die ältere Generation wollen wir die präventiven und unterstützenden Angebote erweitern und unsere Stadtteile generationengerecht gestalten. Das beginnt bei Sport, Bildungs- und Freizeitaktivitäten und geht über eine barrierefreie Umgebung bis hin zu wohnortnahen Gesundheits-, Beratungs- und Pflegeangeboten. Eine wichtige Rolle haben hier unsere Seniorentreffs und -zentren, die sich auch auf neue Bedarfe und Zielgruppen einstellen, gesundheitsfördernde und kulturelle Angebote einbeziehen und dabei entsprechend gefördert werden sollen. Zur Unterstützung des großen ehrenamtlichen Engagements sind auch hauptamtliche Kräfte nötig.</p> <p>Die pflegenden Angehörigen müssen in ihrem anstrengenden Alltag unterstützt werden: durch Kurse und Beratung sowie durch Entlastungsmöglichkeiten wie die Tages- und Kurzzeitpflege. Wir wollen prüfen, ob es den Bedarf für eine Nachtpflege gibt.</p> <p>Wir wollen, dass jeder Mensch bis ins hohe Alter in seinen vier Wänden bleiben kann. Dazu gehören der Bau von altersgerechten Wohnungen und Hilfen bei der Anpassung von bestehenden Wohnungen. Das kommt auch Menschen mit Behinderungen zugute und fördert die Integration. Dazu gehören auch gute ambulante Pflegeangebote sowie Beratung und Unterstützung von betreuenden und pflegenden Angehörigen. Jeder braucht eine gut erreichbare Stelle, bei der sofort und unbürokratisch geholfen werden kann und die ein Pflege-Management für den Stadtteil aufbaut. Die Leistungsfähigkeit der 17 Dienstleistungszentren in der Stadt Bremen wollen wir erhalten und stärken, um auch künftig eine wohnortnahe und niederschwellige Beratung und Unterstützung im eigenen Haushalt zu sichern. Auch das System der Pflegestützpunkte wollen wir in enger Absprache mit den Kranken- und Pflegekassen ausweiten und sie gemeinsam mit den Dienstleistungszentren und weiteren Angeboten perspektivisch in einer „Modellkommune Pflege“ zu einem Gesamtsystem zusammenführen.</p> <p>Wir freuen uns über die Stiftungsdörfer der Bremer Heimstiftung, in der Jung und Alt zusammenleben. Neben neuen Projekten wie dem Ellener Hof wollen wir, dass auch in bestehenden Wohngebieten in Bremen und Bremerhaven solche Konzepte umgesetzt werden: durch den Umbau bestehender Wohnungen zu altersgerechten Wohnungen, durch barrierefreie Wege und Plätze, durch kurze Wege zu den Geschäften und Einrichtungen des täglichen Bedarfs, durch Begegnungsmöglichkeiten und durch Angebote von Kurzzeit- und Tagespflegen. Die ambulante professionelle Pflege muss gestärkt werden. Dazu müssen die Kostenträger auskömmliche Pflegesätze anerkennen, die auch Zeit für Gespräch und Zuwendung lassen. Gleichzeitig muss es eine Bereitschaft in der Gesellschaft geben, die höheren Kosten auch zu tragen. Die Bereitschaft dafür mit guten Argumenten herzustellen, sehen wir als eine unserer wichtigen Aufgaben an. Wir wollen zudem in Bremen und Bremerhaven dazu beitragen, dass im Zusammenwirken mit den kommunalen Sozialämtern, den Pflegekassen und den Wohlfahrtsverbänden praktikable sozialversicherungspflichtige und tarifgebundene Modelle zur umfassenden Betreuung und hauswirtschaftlichen Versorgung im Rahmen einer 24-Stunden-Pflege entwickelt werden.</p>
-----	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

⁶ <http://www.demenzfreundliche-kommunen.de/>

<p>Bündnis 90 Die Grünen</p>	<p>Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass das Land Bremen mit seinen beiden Kommunen das richtige Umfeld für alle Menschen bietet, hier in Würde zu altern. Angemessene Strukturen und Angebote für Menschen mit Demenz gehören selbstverständlich dazu. Bremen hat sich in den letzten Jahren bereits auf den Weg gemacht. So gibt es vielfältige Angebote, Initiativen und Maßnahmen, die von Aufklärungskampagnen für die Bevölkerung über kulturelle Angebote für pflegende Menschen und ihre demenzerkrankten Angehörigen reichen. Neben dem professionellen Umgang (Demenzalltagsbegleiter, mobile aufsuchende Teams und spezialisierte Pflegeeinrichtungen) gilt es, den Demenzerkrankten in ihren Alltagsbedürfnissen bestmöglich gerecht zu werden und ernst zu nehmen. Vorbildlich ist an dieser Stelle das Haus im Park, das Zuhause für Menschen mit Demenz, in Bremerhaven genannt. Außerdem begleiten wir GRÜNE den Bau des Blauhauses in der Überseestadt sehr eng. Die Idee, dort eine Demenz-WG einzurichten, halten für zukunftsweisend, wie es auch schon Vorgängerprojekte, z. B. durch die Bremer Heimstiftung, gezeigt haben.</p>
<p>CDU</p>	<p>Die Fragen 10 bis 12 werden zusammen wie folgt beantwortet: Eine der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft ist die Zunahme demenzieller Veränderungen, insbesondere aber nicht ausschließlich, bei älteren Menschen. Die Begleitung und Pflege eines Menschen mit Demenz stellt Angehörige und Pflegekräfte vor besondere Herausforderungen. Während heute noch rund 70 Prozent der Betroffenen zu Hause versorgt werden, wird sich dieser Anteil in den nächsten Jahren aufgrund der steigenden Zahl älterer Menschen und zunehmender Singlehaushalte verringern. Zeitgleich wird auch die Anzahl der demenziell Veränderten zunehmen. Unser Ziel ist es, innerhalb der nächsten Legislaturperiode innovative Versorgungskonzepte für demenziell veränderte Menschen zu entwickeln und entsprechende Projekte mit interessierten Trägern zu realisieren. Die bisherige Praxis der Pflegeeinrichtungen in der Form einer „Öffnung zum Stadtteil“ und der damit verbundenen Sensibilisierung des Lebensumfeldes mit dem Thema Demenz wollen wir weiter fördern. Bis zum Jahr 2022 wollen wir den Bremer Seniorenplan aktualisieren und fortschreiben. Dabei sollen Ansätze in der Städteplanung, der Pflege und das Angebot für Senioren strategisch zusammengefasst und beschrieben werden. Der Seniorenplan muss auch zwingend eine Strategie für den Umgang dem Thema Demenz enthalten. Deshalb werden wir einen Demenzplan in den Seniorenplan integrieren, dabei aber auf die Bedürfnisse jüngerer Menschen eingehen, die demenziell verändert sind.</p>
<p>FDP</p>	<p>Es ist nötig, dass wir alle mehr über Demenz wissen, um die Folgen der Erkrankung in unserem Handeln berücksichtigen zu können. Das heißt auch, dass die Mitarbeitenden in den Behörden entsprechende Fortbildungen benötigen und angeboten bekommen sollten, um Demenz bei ihrem Handeln einbeziehen zu können. Zudem gilt es Bereiche zu schaffen, in denen sich demente Personen ohne Gefahr frei bewegen können.</p>
<p>Die LINKE</p>	<p>Der Weg hin zu einer demenzfreundlichen Kommune ist kein leichter Weg, da er weit über das Bereitstellen von demenzfreundlichen Dienstleistungen hinausgeht. Der inklusive Ansatz der demenzfreundlichen Kommune sieht ja den demenziell erkrankten Menschen weiterhin als Menschen, Bürger*in und Teil der Gesellschaft und nicht als Patient*in und macht damit auch die Zivilgesellschaft zu einer wesentlichen Akteurin der Umsetzung. Es muss allerdings von Seiten der Politik darauf geachtet werden, dass dieser Ansatz nicht dazu dient, den mangelnden Ausbau sozialstaatlicher Transfer- und Dienstleistungen in der Altersorge abzufedern. Für eine demenzfreundliche Kommune wäre sicherlich das Schaffen ausreichender Begegnungsmöglichkeiten mit Menschen ohne Beeinträchtigungen wichtig, den immer noch herrscht viel Unwissen über Demenz bei Nichtbetroffenen. Auch müsste die Stadtentwicklung stärker Aspekte wie sichere Straßenübergänge, Wegeleitsysteme und Orientierungssymbole berücksichtigen. Eine inklusive Partizipation würde auch andere Kommunikations- und Beteiligungsformen erfordern, um Menschen mit demenzieller Erkrankung an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, z.B. Stadtpaziergänge mit direkter Befragung anstelle von Bürger*innenversammlungen.</p>

Frage 11) Welche konkreten Schritte dazu wird Ihre Partei in den nächsten 4 Jahren unternehmen?

SPD	Siehe Frage 10)
Bündnis 90 Die Grünen	<p>Inklusive Wohnprojekte, wie oben beschrieben, werden wir GRÜNE auch in den nächsten Jahren fördern. Sie ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe in einem sicheren Umfeld.</p> <p>Außerdem wollen wir die Pflege weiter stärken. Dazu gehört aus unserer Sicht, die institutionellen Strukturen zu stärken. Auf Initiative der GRÜNEN wurde die Wohn- und Betreuungsaufsicht personell gestärkt. In der nächsten Legislaturperiode werden wir prüfen, ob hier weitere Schritte erforderlich sind.</p>
CDU	Siehe Frage 10)
FDP	Wir werden den Ausbau der Kapazitäten einfordern, der ermittelt wird.
Die LINKE	<p>DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass noch mehr Angebote und Serviceleistungen sowie die Infrastruktur in unseren beiden Städten inklusiv und barrierefrei gestaltet werden. Die bauliche oder technische Barrierefreiheit ist auf dem Weg zu einer demenzfreundlichen Kommune jedoch nur ein Teil. Ebenso entscheidend ist der Abbau von Barrieren in den Köpfen gegenüber demenziell erkrankten Menschen und ihre Stigmatisierung. Dies gelingt nur durch Begegnung und Aufklärung. Konkret würden wir uns für die Förderung dieser Begegnung stark machen, aber auch für die bedürfnisorientierte Umgestaltung der Rahmenbedingungen vor Ort durch unsere gewählten Beiräte in den Stadtteilen.</p>

Frage 12) Neben einer nationalen Demenzstrategie, die jetzt in Deutschland entwickelt werden soll, haben einige Bundesländer (z.B. Schleswig- Holstein) auch einen eigenen Demenzplan. Befürwortet Ihre Partei die Entwicklung eines Demenzplans für Bremen? Und wenn ja, was wird Ihre Partei dafür tun?

SPD	<p>Im September dieses Jahres gaben unsere Bundesfamilienministerin Franziska Giffey zusammen mit dem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn den Startschuss für die Entwicklung einer nationalen Demenzstrategie. Anfang 2020 soll die Strategie vom Bundeskabinett beschlossen werden. Der Entwicklung eines nationalen als auch eines Bremer Demenzplanes stehen wir durchaus positiv gegenüber und werden uns dementsprechend in den Beratungen einbringen. Zunächst erscheint es uns aber besonders dringlich zu sein, bestehende aktuelle Versorgungsdefizite in der Betreuung von Demenzkranken zu verbessern bzw. zu beseitigen. Bremen hat eine gute Versorgungsstruktur, es gibt aber Defizite und Verbesserungsvorschläge, die umzusetzen sind. Dabei geht es prioritär um die Umsetzung der konkreten Verbesserungs-vorschläge, die im Rahmen des 7. Bremer Fachtages für Demenz Ende September dieses Jahres vorgetragen worden sind.</p> <p>Ziel eines zu entwickelnden Bremer Demenzplanes muss ein, Demenzerkrankte so lange wie möglich am Leben in der Gemeinschaft teilhaben haben zu lassen. Hierfür wird ein ganzheitliches, fachübergreifendes Unterstützungs- und Versorgungssystem benötigt, das sowohl die verschiedenen Krankheitsbilder und Phasen der Erkrankung als auch die individuellen Bedürfnisse und Unterstützungs-bedarfe berücksichtigt.</p>
Bündnis 90 Die Grünen	<p>Grundsätzlich ist eine nationale Demenzstrategie zu begrüßen. Allerdings gibt es dafür von Gesundheitsminister Spahn und Familienministerin Giffey bisher nur eine Ankündigung. Die Ergebnisse dazu sollen erst 2020 vorliegen, so dass eine inhaltliche Bewertung nicht möglich ist.</p> <p>Wir GRÜNE stehen für eine inklusive Gesellschaft, in der jede/r gleichberechtigten und selbstbestimmten Zugang zum gesellschaftlichen Leben haben soll – unabhängig von individuellen Merkmalen. Daher sind wir der Auffassung, dass es richtig ist, dass das Thema</p>

	Demenz ein zentrales Kapitel im Bremer Altenplan darstellt. Da die Betroffenen sehr häufig multiple Krankheitsbilder aufweisen, halten wir den integrierten Ansatz des Altenplans mit seiner Gesamtstrategie für richtig.
CDU	Siehe Frage 10)
FDP	Demenz sollte unseres Erachtens integraler Bestandteil des Altenplans für Bremen sein. Der Plan ist deshalb in den nächsten Jahren entsprechend zu überarbeiten und zu qualifizieren.
Die LINKE	Ein Demenzplan für Bremen wäre eine wichtige politische Verpflichtungserklärung und ein Signal, Demenz zu einer gesundheitspolitischen Priorität zu machen und auch ressortübergreifend noch mehr zu tun für Menschen mit dieser Erkrankung und ihre Angehörigen, auch wenn wir im Land Bremen bereits eine gute Unterstützungsstruktur haben und mit dem DIKS über eine hervorragende zentrale Anlaufstelle verfügen. Allerdings dürfte es nicht nur bei Absichtserklärungen und Appellen bleiben, sondern bedarf auch der Bereitstellung finanzieller Mittel.